

Neue CDU-Anträge

- Sportförderung bei der Polizei **mehr**

Weitere News

Medien

Neu im WWW



Folgen Sie uns auf unserem neuen Twitter-Kanal und erhalten Sie tagesaktuelle Informationen aus der CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg! Auf unserem Video-Kanal auf Youtube stellen wir außerdem ab sofort thematische Kurzbeiträge ins Netz. Besuchen uns doch mal!



Arbeit

Rot-Rote Ungerechtigkeit

Mit der „öffentlich geförderten Beschäftigung“ wollen SPD und LINKE um jeden Preis ein Wahlkampfversprechen einlösen – auch wenn die meisten Arbeitslosen das Programm dankend ablehnen. „Die Menschen sollen befähigt und ermutigt werden ihr Leben eigenständig zu gestalten. Dazu bedarf es einer gezielten Qualifizierung für den ersten Arbeitsmarkt. Der Weg, den Rot-Rot in der Arbeitsmarktpolitik beschreitet, ist ein zutiefst unsozialer Weg!“, warnte Roswitha Schier, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion. Der öffentliche Beschäftigungssektor (ÖBS) biete keine Qualifizierung für die Langzeitarbeitslosen und zementiere Arbeitsmarktferne.

Aufarbeitung

Stolpes Vertuschungspolitik

Die ARD-Sendung „Kontraste“ berichtete kürzlich von der „Vertuschungspolitik“ des ehemaligen SPD-Ministerpräsidenten Manfred Stolpe auf. Er habe „nach der Wende maßgeblich dazu beigetragen, „dass die DDR-Vergangenheit nie gründlich aufgearbeitet wurde und ehemalige Funktionsträger des Regimes bis heute hochrangige Posten einnehmen, sogar in der Polizei und bei der Justiz.“

23.06.2011 Beitrag im RBB-Magazin KONTRASTE: Stolpes langer Schatten – Ex-Stasi-Richter in Brandenburgs Justiz



FOTO DER WOCHE 29. MAI

Kultur in der Region

Gemeinsam mit ihrem Kollegen Prof. Dr. Michael Schierack (m.) besuchte Anja Heinrich (r.), kulturpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, in dieser Woche Kulturschaffende in Cottbus. Mit Intendanten und Einrichtungsleitern tauschten sie sich zum Grundlagenpapier zur Kulturellen Bildung der Unionsfraktionen Deutschlands aus. Dieses wurde unter der Federführung der Brandenburger CDU-Fraktion Anfang Juni verabschiedet. **mehr**



Schönwetter-Haushalt verfehlt sein Ziel

SPD und LINKE haben am Dienstag im Kabinett einen Schönwetter-Haushalt beschlossen. Von rund 300 Millionen Euro Steuermehreinnahmen werden im Haushalt 2012 nur 80 Millionen Euro zur Senkung der Neuverschuldung eingesetzt – damit fließt nur jeder vierte zusätzliche Euro in die Haushaltsstabilisierung.

Die Reduzierung der Ausgaben wird vertagt und das strukturelle Defizit im Landeshaushalt wächst weiter an. „**Statt die eigenen Sparziele aus dem Finanzplan in Höhe von 380 Millionen Euro umzusetzen, geht Finanzminister Markov (LINKE) den Konflikten mit den Ressorts aus dem Weg und verfrühstückt den größten Teil der Steuermehreinnahmen.** Der Finanzminister verspielt damit die Chance, bereits deutlich früher als 2014 die Neuverschuldung zu beenden“, kritisiert der finanzpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Ludwig Burkardt, das Vorgehen der Landesregierung.

Die rot-rote Landesregierung gibt stattdessen lieber einen Euro nach dem anderen aus. **Aber bei der wichtigen Wirtschaftsförderung wird gekürzt.** Durch die gute Konjunktur wollen viele Firmen investieren und neue Arbeitsplätze schaffen. Dazu brauchen sie aber verlässliche Förderbedingungen. **„Wenn durch eine Kürzung die Fördertöpfe in absehbarer Zeit leer werden, sägen wir uns damit den Aufschwung-Ast ab“,** warnt der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Dierk Homeyer. Blinde Ideologienpolitik wirft er Wirtschaftsminister Minister Christoffers (LINKE) in Bezug auf das verabschiedete Vergabegesetz vor. „Erst lässt sich der Wirtschaftsminister die Investitionsquote durch den Finanzminister kürzen und dann befürwortet er offenbar einen erhöhten Mindestlohn im Vergabegesetz. Beides wird den Unternehmen im Land schaden. Die konstruktive Kritik der Wirtschaftsvertreter und Rechtsgutachter wird ignoriert und links liegen gelassen. **Für ein Wahlkampfversprechen wird so die fachliche Vernunft geopfert.** Eines muss man der Koalition lassen: Sie missachtet regelmäßig und konsequent die fachlichen und rechtlichen Bedenken aus den verschiedenen Anhörungen im Landtag. Das war schon beim Schüler-Bafög so, und das ist beim geplanten Vergabegesetz auch so“, sagte Homeyer.